V-38 Erdgaspipeline Nord Stream – Schritt zur Schwächung Europas und energiepolitisch nicht notwendig

Antragsteller*in:	Oliver Krischer (KV Düren)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Der russische Staatskonzern Gazprom plant den Bau von zwei weiteren Pipelines entlang der bestehenden Nord-Stream-Leitungen als „Nord Stream 3&4". Damit soll die Kapazität für den direkten Erdgas-Transport von Russland nach Deutschland durch die Ostsee auf 1.200 km um 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr erweitert werden. Dabei sind die bestehenden beiden Leitungen nur zu 70 Prozent ausgelastet. Ursprünglich wollte ein Konsortium unter Beteiligung deutscher Firmen wie Uniper und Wintershall die Pipeline bauen. Die Unternehmen haben ihre fusionskontrollrechtliche Anmeldung bei der polnischen Wettbewerbsbehörde nun zwar zurückgezogen, wollen aber weiter prüfen, wie sie den Bau unterstützen. Währenddessen schafft Gazprom weiter Fakten zum Bau um ihren Gasabsatz in Europa zu steigern. Doch die Pipeline ist im Ergebnis ein Deal zu Lasten der Energiewende, der Energieunabhängigkeit - vor allem aber der Europäischen Integration, denn es konterkariert die Ziele der europäischen Energieunion.

Anstatt der erhofften Diversifizierung und Verbesserung der Versorgung der EU bringt Nord Stream 3&4 neue Abhängigkeiten von russischem Erdgas. Acht Milliarden Euro werden in eine fossile Energieinfrastruktur investiert, aus der die Welt mit dem Paris-Abkommen eigentlich aussteigen will. Weitere Kosten werden auf den deutschen Steuerzahler durch die notwendige Erweiterung des deutschen Erdgasnetzes zukommen. Dieses Geld fehlt dann für Investitionen in Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Pipelinekapazitäten von Russland nach Europa gibt es genug, nur laufen sie nach Vorstellung des Kreml durch die falschen Staaten: Mit Nord Stream 3&4 würde weit weniger Gas durch die Ukraine fließen. Damit fallen die für die Ukraine wichtigen Transitgebühren weg, was eine weitere Destabilisierung des Landes bedeutet. Das kann nicht im Interesse Deutschlands und Europas sein. Für süd- und osteuropäische Länder bedeutet Nord Stream 3&4 ein Weniger an Versorgungssicherheit. Die Leitungen sind damit ein K.O.-Schlag für eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik und macht die ins Leben gerufene EU-Energieunion zum Torso.

Nord Stream 3&4 führt nicht zu einem wettbewerbsorientierten, transparenten und fairen Gasmarkt. Es drängt Konkurrenten, die Europa z. B. über die vorhandenen LNG-Terminals beliefern könnten, vom Markt. Gazprom setzt alles daran, Kontrolle über die gesamte Gasversorgungskette zu erlangen, wie bereits Übernahmen von wichtigen Erdgasknotenpunkten in Österreich und Erdgasspeicheranlagen in Deutschland und den Niederlanden zeigen.

Nord Stream 3&4 bringt nicht mehr Versorgungssicherheit für die EU. Dennoch unterstützt die Große Koalition das Projekt aktiv, während sie gleichzeitig die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland mitbeschließt. Das ist nicht nur bigott sondern ein weiterer Spaltpilz für Europa. Wer sich Klimaschutz und Energiewende auf die Fahnen geschrieben hat, darf keine Milliardeninvestitionen in fossile Strukturen eines Autokraten ermöglichen – so wie es diese Bundesregierung tut. Sie ermöglicht Russland durch ihren Gasverkauf Militärausgaben – denn ein großer Teil des russischen Staatshaushaltes und damit auch der Militärausgaben wird über den Gasexport finanziert. Eine stärkere Abhängigkeit an das russische Erdgas über North Stream 3&4 würde damit die Militäroperation Russlands in Syrien und anderswo stärken. Das darf weder Deutschland noch die EU wollen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich gegen den Ausbau der Nord-Stream Pipeline durch die Ostsee auszusprechen und auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass das Projekt gestoppt

wird. Denn alle geopolitischen, energiepolitischen und klimapolitischen Gründe sprechen dagegen. Die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) begrüßt die von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits in einem Antrag im Mai 2016 geforderten Maßnahmen und fordert die Bundesregierung auf, diese schnellstmöglich umzusetzen. Was wir brauchen ist eine Diversifizierung der Erdgasbezugsquellen und vor allem Investitionen in eine Reduzierung des Erdgasverbrauchs, denn über 90 Prozent des importierten Gases werden in oft ineffizienten Heizungs- oder Industrieanlagen verbrannt. Doch bei der Energieeffizienz versagt die Bundesregierung kläglich.

Weitere Antragsteller*innen

Annalena Baerbock (KV Potsdam); Robert Habeck (KV Flensburg); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Bärbel Höhn (KV Oberhausen); Omid Nouripour (KV Frankfurt/Main); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Marieluise Beck (KV Bremen Mitte-östliche Vorstadt); Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg); Michael Schäfer (KV Berlin-Mitte); Viola von Cramon (KV Göttingen); Reiner Priggen (KV Aachen); Marcel Ernst (KV Göttingen); Lino Klevesath (KV Göttingen); Andrea Rieger (KV Dahme-Spreewald); Wolfgang Renner (KV Spree-Neisse); Kristian Petrick (KV Berlin-Mitte); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Werner Weindorf (KV München Stadt)